

## **N i e d e r s c h r i f t**

über die am **Dienstag**, dem **28. September 2010**, um **18:30 Uhr**, im Gemeinderatssaal des Rathauses stattgefundene **4. Sitzung des Gemeinderates** der Freistadt Eisenstadt.

**Anwesend waren:** Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel als Vorsitzende, die Vizebürgermeister Mag. Josef Christian Schmall (ÖVP) und LAbg. Günter Kovacs (SPÖ), die Stadträte wHR Mag. Dr. Michael Freismuth (ÖVP), Mag. Josef Mayer (ÖVP) ab 18:40 Uhr und Mag. Claudia Kreiner-Ebinger (SPÖ), die Gemeinderäte Petra Steindl (ÖVP), Walter Laciny (ÖVP), Angela Fleischhacker (ÖVP), Johannes Neuberger (ÖVP), Johann Skarits (ÖVP), Istvan Deli (ÖVP), wHR Dipl.-Ing. Richard Höbaus (ÖVP), Josef Weidinger (ÖVP), Johann Wagner (ÖVP), Andrea Zänglein (ÖVP), LAbg. Mag. Thomas Steiner (ÖVP), Werner Klikovits (ÖVP), Elmar Benedek (SPÖ), Dr. Richard Mikats (SPÖ), Dipl.-Ing. Gerald Gebhardt (SPÖ), Peter Hutap (SPÖ), Melitta Martinek (SPÖ), Otto Kropf (SPÖ), Géza Molnár (FPÖ), Günther Billes (FPÖ), Mag. Yasmin Dragschitz (Grüne), Dipl.-Ing. Andreas Krojer (Grüne) und Magistratsdirektor Senatsrat Dr. Walter Horvath zugleich als Schriftführer.

**Entschuldigt waren:** die Stadträte Dipl.-Ing. Erwin Tinhof (ÖVP) und Mag. Josef Mayer (ÖVP) bis 18:40 Uhr

Die Vorsitzende begrüßt die Erschienenen, stellt die ordnungsgemäße Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit fest und bestellt die Gemeinderäte Josef Weidinger und Günther Billes zu Beglaubigern dieser Niederschrift.

### **Verhandlungsschrift vom 29.06.2010, Genehmigung**

Die Vorsitzende stellt fest, dass die Verhandlungsschrift vom 29.06.2010 unterfertigt und beglaubigt für die Mitglieder des Gemeinderates zur Einsicht aufgelegt wurde. Da hierüber keine Einwendungen erfolgten und auch keine Wortmeldungen vorliegen, trifft sie die Feststellung, dass die Verhandlungsschrift vom 29.06.2010 einstimmig genehmigt worden ist.

Vor Eingang in die Tagesordnung möchte ich alle Gäste unserer Sitzung recht herzlich begrüßen und einen Gast möchte ich besonders begrüßen, das ist die karenzierte Gemeinderätin Julia Tinhof, schön das du bei der Angelobung deines

Kollegen Dipl.-Ing. Andreas Krojer dabei bist. Bevor wir in die Tagesordnung eingehen, kommen wir zur Angelobung eines Gemeinderates. Julia Tinhof hat sich für ein Jahr karenzieren lassen und Herr Dipl.-Ing. Andreas Krojer hat ihren Platz schon eingenommen.

Ich bitte alle Gemeinderäte zur Angelobung aufzustehen.

Magistratsdirektor Senatsrat Dr. Walter Horvath verliest die Angelobungsformel und bittet anschließend Herrn Dipl.-Ing. Andreas Krojer hervortreten und in die Hand der Bürgermeisterin zu geloben.

„Ich gelobe, die Bundesverfassung und die Landesverfassung sowie die Gesetze der Republik Österreich und des Landes Burgenland gewissenhaft zu beachten, meine Aufgabe unparteiisch und uneigennützig zu erfüllen, die Amtsverschwiegenheit zu wahren und das Wohl der Stadt nach besten Wissen und Gewissen zu fördern.“

Dipl.-Ing. Andreas Krojer tritt nach vorne und leistet das Gelöbnis mit den Worten „Ich gelobe“ in die Hand der Frau Bürgermeisterin.

Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel:

„Herr Gemeinderat, herzlich willkommen!“

Es wurden **2 Anträge** von der **SPÖ** eingebracht, und zwar:

**Zahl: 004-1/1/163-2010: Der Gemeinderat möge beschließen, dass Kinder der Volksschulen Eisenstadt im Rahmen des Unterrichts die Freizeiteinrichtungen der Freistadt Eisenstadt gratis benützen dürfen.**

Der Antrag wird dem Finanzausschuss zugewiesen.

**Zahl: 004-1/1/162-2010: Aufhebung des Rechts-Abbiege-Verbot beim ehemaligen Bierstüberl**

Der Antrag wird dem Bauausschuss zugewiesen.

Es wurden **2 Anträge** von der **FPÖ** eingebracht, und zwar:

**Zahl: 004-1/1/175-2010: Errichtung einer Schrankenanlage auf der S 31-Abfahrt Eisenstadt**

Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel:

„Herr Gemeinderat Molnár weiß sicherlich, dass wir bei der S 31 nicht zuständig sind, da der Bereich das Land betrifft. Politischen Einfluss hab ich selbstverständlich genommen und werde ich weiterhin nehmen, damit diese Kreuzung noch sicherer wird.“

Der Antrag wird dem Bauausschuss zugewiesen.

**Zahl: 004-1/1/174-2010: Änderung des Eisenstädter Stadtrechtes in Anlehnung an die Änderung der Gemeindeordnung**

Der Antrag wird dem Senat zugewiesen.

Weiters gibt es **9 Anfragen** der **FPÖ**, diese Anfragen werden schriftlich beantwortet.

Bevor die Referentin mit ihren Bericht beginnt, möchte ich allen Gemeinderatsfraktionen ein gebundenes Exemplar überreichen.

**1. Stadt- und Dorferneuerung, Leitbild zur Stadterneuerung Eisenstadt, Beratung und Beschlussfassung**

Die Vorsitzende Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel erteilt Frau Gemeinderätin Angela Fleischhacker das Wort. Dieser erstattet folgenden

**Bericht**

Die Beauftragung der Planungsleistungen „Informations- und Vorbereitungsphase“ sowie „Prozessphase und Leitbilderstellung“ wurde im Gemeinderat am 23. März 2009 beschlossen. Aufgabe war es im Rahmen der „Leitbilderstellung“ auch einen Ziel- und Maßnahmenkatalog gemeinsam mit der Bevölkerung zu erarbeiten.

- Am 05.11.2009 fand die erste Informationsveranstaltung statt.
- Es folgten je ein Bürgergespräch in den drei Ortsteilen Kleinhöflein (03.03.2010), Eisenstadt (25.02.2010) und St. Georgen (02.03.2010).
- Am 14. April und 10. Juni 2010 folgten zwei thematische Arbeitskreissitzungen mit je drei Themenschwerpunkte („Stadtmarketing – Wirtschaft und Tourismus“, „Stadtgestaltung und Verkehr“ und „Generationen – dörfliches und städtisches Zusammenleben“).
- Am 14.09.2010 wurde das Leitbild der Bevölkerung vorgestellt.

Das nun vorliegende Leitbild soll im Gemeinderat beschlossen werden. Damit verbunden ist nun die Möglichkeit, für weitere Planungs- und Umsetzungsschritte finanzielle Förderungen bei der Burgenländischen Landesregierung zu lukrieren.

### **BESCHLUSSANTRAG**

**Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Freistadt Eisenstadt beschließt das Leitbild zur Stadterneuerung Eisenstadt, erarbeitet von Knoll Planung & Beratung Ziviltechniker GmbH, Schiffamtsgasse 18/6, 1020 Wien.**

Die Vorsitzende Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel erteilt Frau Gemeinderätin Mag. Yasmin Dragschitz das Wort. Diese führt aus:

„Sehr geehrte Anwesende!

Ich möchte mein Kommentar zum vorliegenden Papier in drei Bereiche gliedern, nämlich in Leitsätze/Ziele, Projektideen und das Leitbild an sich. Zu den Leitsätzen und Zielen möchte ich sagen, dass der vorliegende Leitbildbericht zahlreiche Leitsätze und Ziele enthält, die aus grüner Sicht zum größten Teil sehr positiv wahrgenommen werden. Zum Beispiel möchte ich 3 Ziele zitieren: Das Ziel ist die Reduktion des Verkehrsaufkommens in Eisenstadt und damit eine Erhöhung der Lebensqualität. Ziel ist die Förderung des Gendergedankens und ein gelebtes Gender Mainstreaming in der Gemeinde. Ziel ist die Verbesserung und die weitere Ausarbeitung umweltfreundlicher alternativen Energieversorgung. Natürlich stehen wir da voll dahinter, wenn diese Leitsätze so wie es eigentlich bei der Erstellung eines Leitbildes zur Stadterneuerung vorgesehen ist, tatsächlich die Leitsätze der politische Arbeit in der Gemeinde sind, dann kann man diese Entwicklungen als grüner Sicht nur begrüßen. Zu den Projektideen möchte ich sagen, dass bei der Durchsicht der konkreten Projektideen und vor allem, wenn man sich diejenigen Projekte ansieht, die prioritär behandelt werden sollen, sieht man gleich woher der Wind weht. Da geht es zum Beispiel um die Veranstaltungshalle oder um die Belebung der Fußgängerzone oder um die Umsetzung des Masterplanes Schlosspark, das sind Projekte, die von der Stadt sowie so entweder bereits in Angriff genommen wurden oder in naher Zukunft angestrebt werden. Das legt natürlich den Gedanken nahe, dass dieser Leitbildbericht zu aller erst einmal nichts anderes ist als ein Werkzeug um über die Dorf- bzw. Stadterneuerung zu Fördergeldern zu kommen. Dieser Versuch ist an sich nichts Schlechtes, ich begrüße das als Gemeinderätin, dass wir schauen, wie wir als Gemeinde zu Geldern kommen

um unsere Projekte auch umzusetzen. Was mich aber gewaltig stört ist, dass dieser Bericht als Leitbild verkauft wird, dass ist nämlich nicht der Fall, das ist kein Leitbild. Bei der Präsentation dieses „Leitbildes“ am 14.09.2010, habe ich die beiden Projektkoordinatorinnen darauf hingewiesen, dass es sich beim vorliegenden Bericht in keiner Weise um ein Leitbild handelt. Ich habe darum gebeten, dass auf eine Seite zusammengefasst wird und die Projekte drangehängt werden. Offensichtlich war das nicht möglich und das wundert mich auch nicht, wenn man sich anschaut, wie dieser Bericht aufgebaut ist. Ich habe es mir aus dem Internet rausgesucht, was eigentlich per Definition ein Leitbild ist. Ein Leitbild ist eine schriftliche Erklärung einer Organisation über ihr Selbstverständnis und ihre Grundprinzipien. Es formuliert einen Zielzustand, nach innen soll das Leitbild Orientierung und handlungsleitend und motivierend für die Organisation wirken, nach aussen soll es deutlich machen, für was eine Organisation steht. Ich möchte daran erinnern, dass dieses Leitbild angeblich auf die Homepage gestellt wird. Ich frage mich, ob man wirklich vor hat, diesen gesamten Bericht auf die Homepage zu stellen und was die Bürgerinnen und Bürger mit diesem Bericht machen sollen? Es ist Basis für die Corporate Identity einer Organisation. Ich frage die Anwesenden, sind wir uns wirklich der Wichtigkeit eines Leitbildes bewusst? Finden Sie, dass dieses Papier wirklich den Zielzustand formuliert? Wissen Sie, dass die vorliegenden Inhalte für jeden von uns handlungsanleitend wirken sollen? Aus diesem Konvolut welches wir hier beschließen sollen, kann ich das Leitbild nicht herauslesen. Die Neusiedler haben ebenfalls ein Leitbild ausformuliert, die haben auch einen Bürgermeister aus der ÖVP. Ich darf nun ganz kurz vorlesen, damit man sieht, wie ein Leitbild aussieht. Dieses Leitbild geht auf eine Seite, das sind konkrete Sätze die formuliert werden und nicht ein Bericht. Nochmals ein Bericht ist kein Leitbild. – Zwischenrufe –

Die Stadtgemeinde Neusiedl am See präsentiert sich gemäß ihrer Orientierung „Neusiedl – Stadt am See – Mitten im Leben Miterleben“ sowie auf Grund ihrer Lagegunst in der Grünen Mitte zwischen Wien und Bratislava und direkt am Neusiedlersee, als eine gefragte Stadt, einladende Stadt, aktive Stadt, lebenswerte Stadt und umweltbewusste Stadt und dann wird ganz kurz erläutert, was damit gemeint ist. So etwas ist ein Leitbild, dass was wir haben ist ein Leitbildbericht. Meiner Meinung nach hört sich das ganz anders an und so ein Leitbild könnte man auch auf die Homepage stellen, was auch nach dieser Sitzung passieren soll. Für mich schaut das eher so aus, dass man nur schnell etwas produzieren musste, damit

man noch schnell Termine einhalten kann um schließlich auch Fördergelder auszulösen. Meiner Meinung nach können wir hier bestenfalls über einen Leitbildbericht abstimmen, denn etwas anderes liegt nicht vor. Ein Leitbild muss noch erstellt werden und aus diesem Grund möchte ich auch einen Abänderungsantrag stellen und zwar würde ich sagen, dass man einfach bei diesem Antrag nicht immer sagt, das Leitbild wurde der Bevölkerung vorgestellt, sondern der Leitbildbericht. Der Abänderungsantrag geht dahin, dass man das Leitbild durch das Wort Leitbildbericht ersetzt, sodass es klar ist, dass wir über einen Bericht abstimmen denn das kann kein Leitbild sein. Ich finde, wir sollten uns als Gemeinde nicht die Blöße geben, so etwas als Leitbild auf die Homepage zu stellen. Ich ersuche deshalb um die Zustimmung zu diesem Abänderungsantrag und das tatsächliche Leitbild soll im Laufe der nächsten drei Monate von den Projektkoordinatorinnen oder von einer Projektgruppe in entsprechender Form wirklich formuliert werden und erst dann kann man das auf die Homepage stellen. Ich halte das für nicht sehr seriös, so einen Bericht auf die Homepage zu stellen. Die Neusiedler haben ihr Leitbild mit den Erläuterungen auf der Homepage, 37 Seiten lang und es liest sich auch wie ein Leitbild. Das hier ist eine Zusammenfassung über den Prozess. Meiner Meinung nach, grundsätzlich mit den Inhalten und Zielen können wir uns schon identifizieren, aber bitte lassen wir das nicht als Leitbild durchgehen.“

Gemeinderat Dipl.-Ing. Gerald Gebhardt:

„Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, hoher Gemeinderat, werte Anwesende!

Zu Zielsetzungen und Leitbildbericht haben wir jetzt eine ausreichende Ausführung gehört und dazu möchte ich nichts mehr sagen. Wir halten nun einen Leitbildbericht zur Stadterneuerung in den Händen, es ist ein Maßnahmenkatalog von 36 Projekten, 9 davon sind als Schlüssel- bzw. Stadtprojekte bezeichnet. Als Projekt Nummer 6 finden wir die Errichtung einer Mehrzweckhalle im Bereich des Allsportzentrums. Mit 29. Juni 2010 wurde seitens der SPÖ ein Antrag eingebracht dessen Inhalt das Zusammenstellen einer Planungsgruppe zur Umsetzung einer modularen Veranstaltungs- und Sporthalle inklusive Indoor-Spielplatz und Funpark ist. Was wir uns in diesem Bereich erwarten ist also ein modulares, erweiterbares, inhaltliches und bauliches Konzept kombiniert mit einem umfassenden Jugendkonzept. Für uns besteht das zu einem aus baulichen Komponenten, d.h. der Halle, dem hoffentlich erweiterbaren Skaterplatz um Interessenskonflikte zu vermeiden, einer BMX-Strecke, einem Indoor-Spielplatz, dem zuvor erwähnten Funpark und einem umfassenden

Jugendkonzept, d.h. das Nutzen der Halle oder Teile davon, auch als Jugendzentrum mit Betreuung durch geschulte Sozialarbeiter.“

Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel:

„Herr Gemeinderat, da gehen wir jetzt sehr ins Detail und hat eigentlich mit Leitbild und mit diesem Bericht nichts zu tun, weil das ist bewusst allgemein gehalten worden, dass man viele Projekte hier hineinbringen kann und nicht genau ausformulierte einzelne Projekte.“

Gemeinderat Dipl.-Ing. Gerald Gebhardt:

„Es bedarf der Einbindung aller im Gemeinderat vertretenen Kräfte. Wir haben erfahren, dass eine ähnliche Vorgangsweise ohnedies seitens der Stadt angedacht ist.“

Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel:

„Nicht angedacht, sondern der Termin ist schon bekannt.“

Gemeinderat Dipl.-Ing. Gerald Gebhardt:

„Wir könnten noch über Leitbild und Leitbildbericht streiten. Wir begrüßen das außerordentlich, wir stimmen dem Leitbild zur Stadterneuerung zu, um eine Gesamtentwicklung der Stadt weiter voranzutragen und natürlich die Förderungswürdigkeit zu wahren. Wir erwarten uns aber, dass genauso wie bei der Veranstaltungshalle andere genannte Projekte auch einem dienlichen Konzept zugeführt werden und einer weiteren, wenn möglich dynamischen Entwicklung unterliegen.“

Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel:

„Die vorbereitete Rede wurde sehr gut gebracht. Gratuliere! Änderungen die sich ergeben, dass ist natürlich immer lästig.“

Gemeinderat Géza Molnár:

„Sehr geehrte Frau Bürgermeister, hoher Gemeinderat, meine Damen und Herrn! Von Freiheitlicher Seite werden wir unsere Zustimmung nicht erteilen und ich sage auch wieso. Mir gefällt das Konvolut im großen und ganzem sehr gut, aber es ist sehr schwierig, einem 50-seitigen Konvolut unumschränkt zustimmen zu können. Wie es schon angemerkt wurde, sind aber auch Prestigeprojekte der ÖVP drinnen,

mit denen wir nicht ganz so einverstanden sind und die schon beschlossen wurden bevor eigentlich dieser Prozess zu Ende war. Das Beispiel Veranstaltungshalle wurde schon erwähnt. Was den Abänderungsantrag der Grünen betrifft hat die Ausführungen der Kollegin Dragschitz sicher was für sich. Wir werden auch dem Abänderungsantrag zustimmen, unter anderem auch deshalb, weil wir wissen, wie schwer wir uns in einer Opposition tun.“

Gemeinderätin Mag. Claudia Kreiner-Ebinger:

„Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollege, werte Gäste!

Wir stimmen dem Leitbild zu und das Leitbild ist in einem Satz zusammengefasst. Der Satz heißt: „Kulturstadt mit Lebensqualität für alle Generationen“, dass wird auf Seite 22 ausgeführt. Der Satz ist kurz und wird dann in den Projekten ausgeführt. Wir stimmen einem Leitbild zu, ein Leitbild ist etwas Eigenes und die einzelnen Projekte bzw. Bereiche werden extra behandelt werden oder auch schon zum Teil behandelt worden sind. Die werden dann den eigenen Prozessen zugeführt, wo wir dann immer noch sagen können, wir sind dabei oder auch nicht. Wir haben die Befürchtung, dass Papier geduldig ist und es steht auch sehr viel drinnen. Was wir uns wünschen, wie ähnlich bei der Veranstaltungshalle die einzelnen Bereiche, die sich drinnen befinden, vor allem der Ausschussarbeit zugeführt wird, dass Ausschussarbeit einfach wieder sinnvoller passiert, aber auch, damit die anderen Fraktionen Beiträge liefern können. Es muss vor allem der Kulturbereich oder Verkehrsbereich, alles was wir da drinnen finden, unbedingt in den Ausschüssen wiedergegeben werden.“

Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel:

„Selbstverständlich! Wir sollten, so wie ich es immer wieder gepflegt habe, alle Parteien mit einbinden.“

Gemeinderat Josef Weidinger:

„Sehr geehrte Frau Bürgermeister, hoher Gemeinderat!

Ich will jetzt nicht schulmeisternd wirken, aber da ich mich doch mit Marketing auseinander setze, gibt es natürlich mehrere Meinungen zum Thema Leitbild. Zusammengefasst ist ein Leitbild ja nicht, die schriftliche Formulierung aller Visionen und Ziele. Es gibt dann auch noch die Leitsätze oder die Slogans wie zum Beispiel auf Seite 22 und die Leitsätze auf Seite 31, auch sehr wohl knapp zusammengefasst sind. Danke.“

Gemeinderätin Angela Fleischhacker:

„Ich möchte Frau Gemeinderätin Dragschitz antworten. Frau Stadträtin hat mir schon das Wort aus dem Mund genommen, weil unser Titel heißt „Kulturstadt mit Lebensqualität“ und so kurz formuliert ist es auch in Neusiedl am See. Wir haben einen professionellen Begleiter bei dieser ganzen Stadterneuerungsgeschichte gehabt und die gesamte Bevölkerung war eingeladen mitzuwirken. Auch wenn die Bevölkerung das jetzt nicht im Internet alles lesen kann, waren sie ohnehin eingeladen mitzuwirken. Ich denke, dass sind nur Vorschläge die von der Bevölkerung kommen und das haben wir jetzt in diesem Leitbild niedergeschrieben.“

Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel:

„Und auch gemeinsam erarbeitet! Wir kommen nun zur Abstimmung, zuerst stimmen wir über den Abänderungsantrag ab, die Formulierung war so, dass über den Leitbildbericht abgestimmt werden soll und nicht über das Leitbild.“

Die Vorsitzende nimmt die Abstimmung vor und stellt fest, dass der Abänderungsantrag mit 2 Stimmen der Grünen und 1 Stimme der FPÖ gegen 16 Stimmen der ÖVP, 8 Stimmen der SPÖ und 1 Stimme der FPÖ nicht zum Beschluss erhoben wurde.

Die Vorsitzende nimmt die Abstimmung vor und stellt fest, dass der Antrag mit 16 Stimmen der ÖVP, 8 Stimmen der SPÖ, 2 Stimmen der Grünen gegen 2 Stimmen der FPÖ zum Beschluss erhoben wurde.

## **2. OSG Baulandfreigabe von AW in BW, Kirchäcker West, Parz. Nr. 3008/6, Beratung und Beschlussfassung**

Die Vorsitzende Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel erteilt Frau Gemeinderätin Angela Fleischhacker das Wort. Dieser erstattet folgenden

### **Bericht**

Die Oberwarter gemeinnützige Bau-, Wohn- u. Siedlungsgenossenschaft reg.Gen.m.b.H. hat am 28.04.2010 um Baulandfreigabe ihres Grundstückes Nr. 3008/6, KG. Eisenstadt, im Ried Kirchäcker West von AW (Aufschließungsbiet Wohnen) in BW (Bauland Wohnen) angesucht.

Es handelt sich dabei um die Fläche zwischen dem Rückhaltebecken, dem Generationenviertel Eisenstadt mit dem Pflegeheim, dem Sozialzentrum – Betreutes Wohnen und dem Kindergarten. Das Bauvorhaben stellt einen Beitrag zur geordneten Siedlungsentwicklung dar. Aus diesem Grund wird vorgeschlagen, das Grundstück Nr. 3008/6, KG. Eisenstadt, Ried Kirchäcker West, laut Plan DI Jobst G.Z. 11082f/08 vom 05.02.2009 von AW (Aufschließungsgebiet Wohnen) in (BW) Bauland Wohnen zu widmen.

Die Erschließung durch die Straße und der Anschluss an die Infrastruktur sind gewährleistet. Für die Bebauung gilt der Teilbebauungsplan Kirchäcker West in der Fassung der 3. Änderung genehmigt vom Amt der Burgenländischen Landesregierung am 05.03.2010, ZI. LAD-RO-6645/20-2010.

Die privatrechtliche Vereinbarung über die Tragung der Erschließungskosten liegt bis zur Gemeinderatssitzung vor.

Der Ausschuss für Planung, Bau und Umweltschutz stellt an den Gemeinderat der Landeshauptstadt Freistadt Eisenstadt nachfolgenden

## **BESCHLUSSANTRAG VERORDNUNG**

**des Gemeinderates der Landeshauptstadt Freistadt Eisenstadt vom 28.09.2010, mit welcher festgestellt wird, dass im Aufschließungsgebiet die Erschließung durch Straßen und Versorgungsleitungen gesichert ist.**

**Auf Grund des Gesetzes vom 20. März 1969 über die Raumplanung im Burgenland (Burgenländisches Raumplanungsgesetz), LGBl. Nr. 18/1969 i.d.F. LGBl. Nr. 33/1971, LGBl.Nr. 5/1974, LGBl.Nr. 11/1980, LGBl.Nr. 20/1981, LGBl.Nr. 32/1987, LGBl.Nr. 61/1990, LGBl.Nr. 13/1992, LGBl.Nr. 12/1994, LGBl.Nr. 17/1997 (VfGH), LGBl. Nr. 64/2000, LGBl.Nr. 32/2001, LGBl.Nr. 40/2002, LGBl. Nr. 79/2002, LGBl.Nr. 47/2006, 23/2007 und LGBl.Nr. 1/2010 wird verordnet:**

### **§ 1**

**Die Erschließung durch Straßen und die Versorgungsleitungen für das Grundstück 3008/6, KG. Eisenstadt, Kirchäcker West, ist gesichert.**

**Die Abgrenzung des zum Bauland Wohnen (BW) freigegebenen Gebietes ist dem beiliegenden Plan vom Vermessungsbüro DI Helmut und Markus Jobst, Eisenstadt, GZ. 11082f/08, vom 05.02.2009, der ein integrierender Bestandteil der Verordnung ist, zu entnehmen.**

## **§ 2**

**In dem in § 1 bezeichneten Aufschließungsgebiet sind Baubewilligungen sowie Bewilligungen von sonstigen sich auf das Gemeindegebiet auswirkenden Maßnahmen auf Grund landesgesetzlicher Vorschriften zulässig.**

## **§ 3**

**Diese Verordnung tritt mit dem ersten Tag der Kundmachung in Kraft.**

Die Vorsitzende Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel erteilt Herr Gemeinderat Andreas Krojer das Wort. Dieser führt aus:

„Sehr geehrte Bürgermeisterin, Gemeinderat, liebe Gäste!

Wir werden diesen zweiten Tagesordnungspunkt bzw. den Antrag ablehnen und zwar nicht, weil wir gegen dieses Bauvorhaben im speziellen irgendwelche Vorwände haben sondern um unsere Ablehnung gegen diese spezielle Siedlungspolitik, die dort in diesem Bereich geschieht, Ausdruck zu verleihen. Was da passiert ist eine recht phantasielose Aneinanderreihung von Wohnblocks, die sich dann Wohngebiet im Bereich Kirchäcker nennt. Dem ganzen gegenüber steht dann in den Gewerbegebieten eine Anhäufung an Gewerbebauten, Büros, Einkaufszentren, und Fachmarktzentren. Alle möglichen Funktionen, die die Stadt eben ausmachen und zwischen den Wohngebieten und den Gewerbegebieten fährt man eben mit dem Auto hin und her. Das ist eine Entwicklung die wie wir meinen, zu keiner lebenswerten weiteren Stadtentwicklung führt, weil hier eben keine Stadt entsteht, kein neues Stadtviertel, sondern es entstehen immer nur Anhäufungen von Wohnblocks und Anhäufungen von Gewerbekisten. Als Beispiel möchte ich hier nennen, wie die Stadt Einfluss auf diesen Prozess hat, ist die Parkplatzquote die im Bereich Kirchäcker vorgeschrieben ist. Wir haben zwei Parkplätze pro Wohnung als Gemeinde vorgeschrieben und die gute Absicht dahinter ist, die Parkplatznot in der Stadt zu mindern. Der Nebeneffekte ist, dass wir natürlich keinen Platz für diese Parkplätze haben. Wir vergraben massenweise auf den Kirchäckern Parkhäuser

unter der Erde, das ist eine sogenannte Vogel-Strauß-Politik, was ich nicht sehe, ist auch nicht da. Wir haben dadurch die Autos trotzdem da, die den Verkehr in der Stadt belasten und es führt auch dazu, dass sich die Preise von den Wohnungen erhöhen. Ein Parkhaus unter der Erde kostet wesentlich mehr als ein Parkhaus über der Erde, geschweige denn von einem Parkplatz ohne Parkhaus zu sprechen.“

Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel:

„Herr Gemeinderat, darf ich Folgendes vorschlagen. Ich will Sie jetzt nicht unterbrechen. Ich würde Sie wirklich gerne einladen, dass Sie einmal zu mir kommen, weil Sie nicht wissen können, dass es für Ried Kirchacker einen Architektenwettbewerb gab, der auch ausgezeichnet worden ist. Es gibt auch einen Masterplan, der sich über das ganze Gebiet mit allen Verkehrsanschlüssen streckt.“

Gemeinderat Andreas Krojer:

„Diesen Masterplan kenne ich sehr wohl!“

Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel:

„Ich würde Sie gerne dazu einladen, dass Sie sich die Sachen anschauen, weil es unfair wäre, da Sie erst neu in den Gemeinderat gekommen sind.“

Gemeinderat Andreas Krojer:

„Ich kenne diesen Masterplan, ich habe selbst in dem Büro gearbeitet, das diesen Masterplan erstellt hat.

– Zwischenrufe –

Nachdem dieser Masterplan erstellt wurde.“

Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel:

„Sie sagen, dass wir Häuser bauen lassen sollen, ohne Möglichkeit von Parkmöglichkeiten, weil dadurch der Verkehr verstärkt wird?“

Gemeinderat Andreas Krojer:

„Nein, wir sollten auch Alternativen anbieten können, nicht nur so strikt sondern es muss auch Alternativen dazu geben können.“

Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel:

„Verkehrsmäßig sind auch Einkaufsmöglichkeiten sehr wohl vorgesehen!“

Gemeinderat Andreas Krojer:

„Im Masterplan waren Parkhäuser an der Peripherie vorgesehen, wo die Erschließungsstraßen das Gebiet treffen.“

Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel:

„Ich würde mich wirklich über ein Gespräch mit Ihnen freuen. Dann können wir da ins Detail gehen und ich Ihnen auch die andere Hintergrundinformation zukommen lassen.“

Gemeinderat Andreas Krojer:

„Ja, sehr gerne!“

Gemeinderätin Mag. Yasmin Dragschitz:

„Ich habe zwei konkrete Fragen dazu! Was passiert mit den Oberflächenwässern, dadurch dass genau das passiert, was Herr Gemeinderat Krojer gesagt hat, dass unten alles verbaut wird. Seiner Meinung nach, ist dort zwar ein Retentionsbecken vorgesehen, dass jedoch sehr klein aussieht. Hat man sich darüber Gedanken gemacht, was passiert, wenn man unten alles verbaut, weil man eben diese Parkplatzquote mit zwei Parkplätzen hat?“

–Zwischenrufe –

Ja, der Kollege Wagner kennt sich bei allen aus, das weiß ich eh! Die zweite Geschichte ist die Geschichte mit der An- und Zufahrt. Ich möchte schon wissen, was sich die Anrainer von der Lobzeile dort denken, wenn unten alles zubetoniert wird. Wo bitte, sind die versprochenen Verkehrswege der Gemeinde und wo ist die Umfahrung hinten herum?“

Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel:

„Yasmin bitte, das ist alles gegeben und das ist alles im Masterplan drinnen.“

Gemeinderätin Mag. Yasmin Dragschitz:

„Ich war heute beim Herrn Baudirektor, es gibt einen Masterplan aber es gibt überhaupt kein Budget, um endlich diese Straße zu bauen. Es gibt nichts anderes als die Zu- und Abfahrt über die Lobzeile. Jetzt möchte ich wissen, ob das jetzt nicht stimmt?“

Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel:

„Es gibt den Masterplan, aber lass uns zuerst einmal die Häuser errichten und dann können wir die Straßen auch machen. Yasmin, du bist jetzt länger nicht da gewesen und konntest nicht alles nachlesen. Ich lade dich, gemeinsam mit deinen Kollegen zu mir ein und wir klären dann mit Herrn Baudirektor die ganzen Fragen.“

Die Vorsitzende nimmt die Abstimmung vor und stellt fest, dass der Antrag mit 16 Stimmen der ÖVP, 8 Stimmen der SPÖ gegen 2 Stimmen der Grünen und 2 Stimmen der FPÖ zum Beschluss erhoben wurde.

### **3. Rainprecht Leopold und Beatrix, Baulandfreigabe von AW in BW, Rudolf von Eichthal-Straße, Parz. Nr. 3022/1, KG. Kleinhöflein, Beratung und Beschlussfassung**

Die Vorsitzende Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel erteilt Frau Gemeinderätin Angela Fleischhacker das Wort. Dieser erstattet folgenden

#### **Bericht**

Herr und Frau Rainprecht Leopold und Beatrix haben am 10.08.2010 um Baulandfreigabe ihres Grundstückes Nr. 3022/1, KG. Kleinhöflein, in der Rudolf von Eichthal-Straße, von AW (Aufschließungsbiet Wohnen) in BW (Bauland Wohnen) angesucht.

Bei der vorgesehenen Bebauung handelt es sich um einen Lückenschluss zwischen bereits vorhandenen Bebauungen und ist als positiver Beitrag zu einer geordneten Siedlungsentwicklung zu sehen. Aus diesem Grund wird vorgeschlagen, das Grundstück Nr. 3022/1, KG. Kleinhöflein, in der Rudolf von Eichthal-Straße, laut Plan DI Jobst G.Z. 12870/07 vom 17.07.2007, von AW (Aufschließungsgebiet Wohnen) in (BW) Bauland Wohnen zu widmen.

Die Erschließung durch die Straße und der Anschluss an die Infrastruktur sind gewährleistet. Für die Bebauung gilt das Burgenländische Baugesetz.

Die privatrechtliche Vereinbarung über die Tragung der Erschließungskosten liegt vor.

Der Ausschuss für Planung, Bau und Umweltschutz stellt an den Gemeinderat der Landeshauptstadt Freistadt Eisenstadt nachfolgenden

**BESCHLUSSANTRAG  
VERORDNUNG**

**des Gemeinderates der Landeshauptstadt Freistadt Eisenstadt vom 28.09.2010, mit welcher festgestellt wird, dass im Aufschließungsgebiet die Erschließung durch Straßen und Versorgungsleitungen gesichert ist.**

**Auf Grund des Gesetzes vom 20. März 1969 über die Raumplanung im Burgenland (Burgenländisches Raumplanungsgesetz), LGBl. Nr. 18/1969 i.d.F. LGBl. Nr. 33/1971, LGBl.Nr. 5/1974, LGBl.Nr. 11/1980, LGBl.Nr. 20/1981, LGBl.Nr. 32/1987, LGBl.Nr. 61/1990, LGBl.Nr. 13/1992, LGBl.Nr. 12/1994, LGBl.Nr. 17/1997 (VfGH), LGBl. Nr. 64/2000, LGBl.Nr. 32/2001, LGBl.Nr. 40/2002, LGBl. Nr. 79/2002, LGBl.Nr. 47/2006, 23/2007 und LGBl.Nr. 1/2010 wird verordnet:**

**§ 1**

**Die Erschließung durch Straßen und Versorgungsleitungen für das Grundstück 3022/1, KG. Kleinhöflein, in der Rudolf von Eichthal-Straße, ist gesichert.**

**Die Abgrenzung des zum Bauland Wohnen (BW) freigegebenen Gebietes ist dem beiliegenden Plan vom Vermessungsbüro DI Helmut und Markus Jobst, Eisenstadt, GZ. 12870/07, vom 17.07.2007, der ein integrierender Bestandteil der Verordnung ist, zu entnehmen.**

**§ 2**

**In dem in § 1 bezeichneten Aufschließungsgebiet sind Baubewilligungen sowie Bewilligungen von sonstigen sich auf das Gemeindegebiet auswirkenden Maßnahmen auf Grund landesgesetzlicher Vorschriften zulässig.**

**§ 3**

**Diese Verordnung tritt mit dem ersten Tag der Kundmachung in Kraft.**

Die Vorsitzende nimmt die Abstimmung vor und stellt fest, dass der Antrag einstimmig zum Beschluss erhoben wurde.

#### **4. Errichtungsbeschluss für die Verkehrsfläche „Gewerbestraße“, Beratung und Beschlussfassung**

Die Vorsitzende Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel erteilt Frau Gemeinderätin Angela Fleischhacker das Wort. Dieser erstattet folgenden

##### **Bericht**

In der Gewerbestraße wurden im Frühjahr 2010 Kanalbauten durchgeführt die eine Wiedererrichtung der Gewerbestraße notwendig macht. Der Ausschuss für Planung, Bau und Umweltschutz stellt an den Gemeinderat der Freistadt Eisenstadt den Antrag die Wiedererrichtung der Gewerbestraße gemäß § 8 Abs. 3 des Bgld. Baugesetzes zu beschließen.

##### **BESCHLUSSANTRAG**

**Gemäß § 8 Abs. 3 des Bgld. Baugesetzes beschließt der Gemeinderat der Landeshauptstadt Freistadt Eisenstadt die Wiedererrichtung der Verkehrsfläche „Gewerbestraße“.**

Die Vorsitzende nimmt die Abstimmung vor und stellt fest, dass der Antrag einstimmig zum Beschluss erhoben wurde.

#### **5. Feldstraße – Johann Sebastian Bach-Gasse, 30 km/h, Beratung und Beschlussfassung**

Die Vorsitzende Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel erteilt Frau Gemeinderätin Angela Fleischhacker das Wort. Dieser erstattet folgenden

##### **Bericht**

In der Johann Sebastian Bach-Gasse und am Parkplatz Feldstraße soll eine Zonenbeschränkung 30 km/h eingerichtet werden.

##### **BESCHLUSSANTRAG**

**Der Gemeinderat der Freistadt Eisenstadt hat in seiner Sitzung am 28.09.2010, TOP 5, Johann Sebastian Bach-Gasse - Parkplatz Feldstrasse – „Zonenbeschränkung 30“ beschlossen. Nach Anhörung der Interessensvertretungen und der Bundespolizeidirektion wird verordnet:**

## **VERORDNUNG**

### **§ 1 - Art der Verordnung**

**Gemäß § 20 Abs. 1 in Verbindung mit § 94 d StVO 1960 wird vom Gemeinderat der Landeshauptstadt Freistadt Eisenstadt „Zonenbeschränkung 30“, verordnet.**

### **§ 2 - Gültigkeitsbereich**

**Die Verordnung gemäß § 1 gilt für den Straßenzug der Johann Sebastian Bach-Gasse und des Parkplatzes Feldstrasse.**

### **§ 3 - Kundmachung**

**Die Verordnung tritt mit der Aufstellung der Verkehrszeichen gemäß § 52 Ziffer 11a „Zonenbeschränkung 30“ und Ziffer 11 b „Ende einer Zonenbeschränkung“ StVO 1960 in Kraft.**

Die Vorsitzende Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel erteilt Herrn Vizebürgermeister LAbg. Günter Kovacs das Wort. Dieser führt aus:

„Frau Bürgermeister, hoher Gemeinderat!

Wir werden natürlich diesem Antrag zustimmen. Es wäre notwendig eine 30 km/h Zone nicht nur für einen Straßenzug immer wieder zu beschließen sondern gemeinsam mehrere zu beschließen. Ich bin natürlich für diese 30 km/h Zone und vielleicht könnten wir das demnächst umzusetzen und einen größeren Bereich beschließen. Danke.“

Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel:

„In der Feldgasse vor den Häusern war genau dieser Bereich, der noch nicht 30 km/h Zone war, der andere Bereich war schon eine 30 km/h Zone. Daher ist es zu diesem Antrag auch gekommen.“

Die Vorsitzende nimmt die Abstimmung vor und stellt fest, dass der Antrag einstimmig zum Beschluss erhoben wurde.

## **6. Lobäckerstraße, Grundabtretung, Neubeschluss, Beratung und Beschlussfassung**

Die Vorsitzende Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel erteilt Herrn Stadtrat wHR Mag. Dr. Michael Freismuth das Wort. Dieser erstattet folgenden

### **Bericht**

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Freistadt Eisenstadt hat den Teilungsplan G.Z.: 13051/09 betreffend die Grundabtretungen Lobäckerstraße am 30.09.2008, TOP 11 beschlossen.

Aufgrund der fehlenden Zustimmung von drei Grundstückseigentümern konnte der o.a. Teilungsplan grundbücherlich nicht durchgeführt werden.

Aus diesem Grund ist eine neuerliche Beschlussfassung notwendig.

### **BESCHLUSSANTRAG**

#### **a) Grundabtretung an das öffentliche Gut**

**Die Freistadt Eisenstadt als Vertreterin des öffentlichen Gutes übernimmt unentgeltlich und lastenfrei auf Grund des Teilungsplanes GZ: 13051a/09 vom 23.06.2010 der Ingenieurkonsulenten Dipl.-Ing. Helmut Jobst und Dipl.-Ing. Markus Jobst, 7000 Eisenstadt die Teilstücke welche von den Eigentümern laut Beilage A abgetreten wurden, in die Verwaltung als öffentliches Gut.**

**Obige Teilstücke werden als öffentliches Gut (Verkehrsfläche) gewidmet und sind in die Grundstücke lt. Beilage B, EZ. 7 sowie EZ 4089, KG. Eisenstadt, einzubeziehen.**

#### **b) Grundabtretung vom öffentlichen Gut**

**Die Freistadt Eisenstadt als Vertreterin des öffentlichen Gutes tritt unentgeltlich und lastenfrei auf Grund des Teilungsplanes GZ: 13051a/09 vom 23.06.2010 der Ingenieurkonsulenten Dipl.-Ing. Helmut Jobst und Dipl.-Ing. Markus Jobst, 7000 Eisenstadt, das Teilstück Nr. 3665/3 (Fig. 125) im Ausmaß von 13 m<sup>2</sup>, EZ 7, KG. Eisenstadt, an Herrn Krause Valentin,**

Am Ölberg 14, 3400 Klosterneuburg sowie an Herrn Schmidt Alfred, Beethovengang 14A/Haus 1, 1190 Wien, ab.

Obiges Teilstück wird als öffentliches Gut (Verkehrsfläche) entwidmet und ist in das Grundstück Nr. 3665/2, EZ 1947, KG Eisenstadt, einzubeziehen.

#### c) Grundabtretung der Freistadt Eisenstadt

Die Freistadt Eisenstadt tritt unentgeltlich und lastenfrei auf Grund des Teilungsplanes GZ: 13051a/09 vom 23.06.2010 der Ingenieurkonsulenten Dipl.-Ing. Helmut Jobst und Dipl.-Ing. Markus Jobst, 7000 Eisenstadt, das Teilstück Fig. 3 vom Grundstück Nr. 3802 im Ausmaß von 35 m<sup>2</sup>, EZ 8, an das Öffentliche Gut der Freistadt Eisenstadt ab.

Obiges Teilstück wird als öffentliches Gut (Verkehrsfläche) gewidmet und ist in das Grundstück Nr. 3799/3, EZ 4089, KG Eisenstadt, einzubeziehen.

d) Innerhalb der EZ. 8, KG Eisenstadt werden auf Grund obigen Teilungsplanes folgende Änderungen vorgenommen:

Fig.	vom Grundst.Nr.	m <sup>2</sup>	Abfall zu Grundstück Nr.	EZ
126	3802	631	3802/1	8
4	3802	1746	3802/2	8

Sämtliche mit der Abtretung in Zusammenhang stehenden Kosten gehen zu Lasten der Freistadt Eisenstadt.

Durch die Maßnahme werden die Wertgrenzen gem. § 85 des Eisenstädter Stadtrechtes nicht überschritten.

Die Vorsitzende nimmt die Abstimmung vor und stellt fest, dass der Antrag einstimmig zum Beschluss erhoben wurde.

## **7. Bauer Franz Paul, Grundabtretung (J. Weißpriach-Straße), Beratung und Beschlussfassung**

Die Vorsitzende Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel erteilt Herrn Stadtrat wHR Mag. Dr. Michael Freismuth das Wort. Dieser stellt folgenden

### **BESCHLUSSANTRAG**

**Die Freistadt Eisenstadt als Vertreterin des öffentlichen Gutes übernimmt lastenfrei auf Grund des Teilungsplanes G.Z. 13580/09 vom 06.09.2010 der Ingenieurkonsulenten Dipl.-Ing. Helmut Jobst und Dipl.-Ing. Markus Jobst, 7000 Eisenstadt, folgende Teilstücke welche Herr Bauer Franz Paul, Hotterweg 14, 7000 Eisenstadt, abgetreten hat, in die Verwaltung als öffentliches Gut:**

<b>Fig.</b>	<b>vom Grst.Nr.</b>	<b>m<sup>2</sup></b>	<b>EZ.</b>	<b>KG.</b>
<b>3</b>	<b>3466/1</b>	<b>17</b>	<b>3966</b>	<b>Eisenstadt</b>
<b>4</b>	<b>3470/1</b>	<b>8</b>	<b>4172</b>	<b>Eisenstadt</b>

**Obige Teilstücke werden als öffentliches Gut (Verkehrsfläche) gewidmet und sind in das Grundstück Nr. 3441/23, EZ. 7, KG. Eisenstadt, einzubeziehen.**

**Gemäß § 8 Abs. 6 des Bgld. Baugesetzes wird für die Hälfte der abzutretenden Fläche eine Entschädigung in Höhe von € 1.250,-- geleistet.**

**Sämtliche mit der Abtretung in Zusammenhang stehenden Kosten gehen zu Lasten der Freistadt Eisenstadt.**

**Durch diese Maßnahme werden die Wertgrenzen gem. § 85 des Eisenstädter Stadtrechtes nicht überschritten.**

Die Vorsitzende nimmt die Abstimmung vor und stellt fest, dass der Antrag einstimmig zum Beschluss erhoben wurde.

## **8. Grundbereinigung Fam. Stokreiter, Volksschule St. Georgen, Beratung und Beschlussfassung**

Die Vorsitzende Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel erteilt Herrn Stadtrat wHR Mag. Dr. Michael Freismuth das Wort. Dieser stellt folgenden

## BESCHLUSSANTRAG

### a) Grundabtretung der Freistadt Eisenstadt

Die Freistadt Eisenstadt tritt unentgeltlich und lastenfrei auf Grund des Teilungsplanes GZ: 12020g/05 der Ingenieurkonsulenten Dipl.-Ing. Helmut und Markus Jobst, 7000 Eisenstadt, folgende Teilstücke vom Grundstück Nr. 150, EZ 1327, KG St. Georgen, ab:

<u>Fig.</u>	<u>m<sup>2</sup></u>	<u>Grdst.Nr.</u>	<u>EZ</u>	<u>KG</u>	<u>Eigentümer</u>
Einbeziehung in das					
1	30	147/4	706	St.Georgen	Stokreiter Margarete, Geylingg. 30-32/III/12, 1130 Wien;
2	1	3204	4	St.Georgen	Öffentliches Gut

Frau Margarete Stokreiter übernimmt die Belastung durch die vorhandene Drainage (Oberflächenentwässerung) ob dem Grundstück Nr. 147/4 und verpflichtet sich, mit der Freistadt Eisenstadt einen Dienstbarkeitsvertrag abzuschließen, die die Belassung und Wartung der Einbauten sicherstellen.

### b) Grundabtretung des Öffentlichen Gutes

Die Freistadt Eisenstadt als Vertreterin des öffentlichen Gutes tritt unentgeltlich und lastenfrei auf Grund des Teilungsplanes GZ: 12020g/05 der Ingenieurkonsulenten Dipl.-Ing. Helmut Jobst und Dipl.-Ing. Markus Jobst, 7000 Eisenstadt, folgende Teilstücke aus der EZ 4, KG St. Georgen, an Frau Margarete Stokreiter, Geylingg. 30-32/III/12, 1130 Wien, ab:

<u>Fig.</u>	<u>vom Grst.Nr.</u>	<u>m<sup>2</sup></u>	<u>Einbeziehung in das Grdst.Nr.</u>	<u>EZ</u>	<u>KG</u>
4	3204	5	147/4	706	St. Georgen
8	3535	3	147/4	706	St. Georgen

Obige Teilflächen werden als öffentliches Gut (Verkehrsfläche) entwidmet.

### c) Grundabtretung an das öffentliche Gut

Die Freistadt Eisenstadt als Vertreterin des öffentlichen Gutes übernimmt unentgeltlich und lastenfrei auf Grund des Teilungsplanes GZ: 12020g/05 der

Ingenieurkonsulent Dipl.-Ing. Helmut und Markus Jobst, 7000 Eisenstadt, folgende Teilstücke in die Verwaltung als öffentliches Gut:

<u>Fig.</u>	<u>vom Grst.Nr.</u>	<u>m<sup>2</sup></u>	<u>EZ.</u>	<u>KG.</u>	<u>Eigentümer</u>
2	150	1	1327	St.Georgen	Freistadt Eisenstadt
3	147/4	3	706	St.Georgen	Stokreiter Margarete, Geylingg. 30-32/III/12, 1130 Wien;

Obige Teilstücke werden als öffentliches Gut (Verkehrsfläche) gewidmet und sind in das Grundstück Nr. 3204, EZ. 4, KG. St. Georgen, einzubeziehen.

Sämtliche mit der Abtretung in Zusammenhang stehenden Kosten werden je zur Hälfte von Frau Stokreiter Margarete und der Freistadt Eisenstadt getragen.

Durch diese Maßnahme werden die Wertgrenzen gemäß § 85 des Eisenstädter Stadtrechtes nicht überschritten.

Die Vorsitzende nimmt die Abstimmung vor und stellt fest, dass der Antrag einstimmig zum Beschluss erhoben wurde.

### **9. Prüfungsausschuss, Bericht**

Die Vorsitzende Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel erteilt Herrn Gemeinderat Otto Kropf das Wort. Dieser erstattet folgenden

#### **Bericht**

Lt. Protokoll war die Beschlussfähigkeit der 3. Sitzung des Prüfungsausschusses am 09.09.2010 gegeben.

Gemeinderätin Andrea Zänglein wurde zum Beglaubiger bestellt.

Weiters waren anwesend Herr Mag. Michael Lebeth, Herr Maximilian Schulyok als Berichterstatter zu Tagesordnungspunkt 4 und Herr Harald Steindl als Schriftführer.

Die Verhandlungsschrift vom 06.05.2010 wurde genehmigt.

Vom Vorsitzenden wurde der Antrag gestellt die Tagesordnung um den Punkt unvermutete Kassenprüfung zu erweitern. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen und als neuer Tagesordnungspunkt 1 angeführt.

### Tagesordnungspunkt 1 – unvermutete Kassenprüfung

Die Überprüfung der Kassen per 09.09.2010 im Rathaus ergab folgendes Ergebnis:

a) Repräsentationskassa: Verlag	€ 200,00
Ausgaben mit Belegen im Wert von	€ 118,35
Bargeld	€ 81,65
	<u>€ 200,00</u>
b) Bürgerservicestelle:	
Hauptkassa - Kassastand	€ 300,00
Einnahmen lt. Belege	€ 0,00
	<u>€ 300,00</u>
c) Handkassa Bauhof	
Verlag	€ 400,00
Ausgaben mit Belegen	€ 241,53
Bargeld	€ 158,47
	<u>€ 400,00</u>

Die Kassastände stimmten mit den jeweiligen Aufzeichnungen überein.

Als **Tagesordnungspunkt 2** wurden die **Gebrauchsentgelte für die Benützung des öffentlichen Gutes Einnahmen 2009/2010, Rechtsgrundlage, Benützungsansuchen von den im Gemeinderat vertretenen Parteien, Subventionen Gastgärten 2009** behandelt.

Dazu berichtete Mag. Lebeth:

Die Einnahmen im Jahr 2009 betragen € 46.847,17, im Jahr 2010 wurden bis Juli Einnahmen von € 18.343,50 erzielt.

Die Rechtsgrundlage für die Vorschreibung ist der Gemeinderatsbeschluss vom 15.12.2008 (Beilage).

Im Jahr 2009 wurde aus Anlass des Haydnjahres für Gastgärten eine Subvention gewährt.

Insgesamt wurden € 12.773,45 an Subvention ausbezahlt. Die Subvention wurde nur gewährt, wenn keine Abgaberrückstände bestanden haben.

Bei den Gastgärten werden die Flächenausmaße vor der Vorschreibung kontrolliert, die weitere Kontrolle erfolgt im Rahmen der Baustellenüberwachung durch das MUT-Team.

Unter **Tagesordnungspunkt 3** wurden die **Entgelte für die Benützung von Marktplätzen Einnahmen 2009/2010, Rechtsgrundlage, Subventionen für Marktstände 2009** abgehandelt:

Mag. Lebeth berichtete dazu:

Die Einnahmen im Jahr 2009 betragen € 9.823,10, im Jahr 2010 wurden bis Juli Einnahmen von € 6.011,20 erzielt.

Die Rechtsgrundlage für die Vorschreibung ist der Gemeinderatsbeschluss vom 15.12.2008 (Beilage).

Im Jahr 2009 wurde aus Anlass des Haydnjahres für Eisenstädter Marktfahrer eine Subvention gewährt. Insgesamt wurden € 1.041,70 an Subvention ausbezahlt.

Unter Tagesordnungspunkt 4 wurden Standgebühren für Stadtfest/Weihnachtsmarkt Einnahmen 2009/2010, Subventionen der Standgebühren am Stadtfest 2010 wegen Schlechtwetter behandelt.

Herr Schulyok berichtete dazu:

#### **Eisenstadtfest 2010:**

Beim Stadtfest gibt es 4 verschiedene Preiszonen abhängig von der Entfernung zur Musik. (€ 840,-- - € 1.080,--) Weiters gibt es Tarife für karitative Organisationen und Verkaufsstände von Marktfahrern.

Von den Schanigärten wird ein Marketingbeitrag eingehoben. Es waren 3 politische Parteien mit Ständen vertreten.

Auf Grund des Schlechtwetters wurde den hauptberuflichen Standbetreibern eine Schlechtwettersubvention gewährt.

Das Angebot war: Entweder 20 % Nachlass auf die Standgebühr 2010 oder eine Gutschrift von 30 % für die Standgebühr für das Stadtfest 2011. Durch das

Schlechtwetter wurde bei den Kosten für die Musik ein Betrag von € 2.681,-- eingespart.

### **Adventmarkt 2009**

Die Tarife für die Vereinshütte sind abhängig vom Wochentag.

Beim Adventmarkt 2009 war eine Partei mit einem Stand vertreten.

### **Eisenstadtfest 2009**

Beim Stadtfest 2009 waren 2 Parteien mit Ständen vertreten.

Vor der Veranstaltung werden mögliche Standbetreiber angeschrieben und um Anmeldung ersucht. Die Vergabe erfolgt nach Einlangen der Ansuchen. Wenn zu viele Ansuchen für einen Standplatz vorliegen, entscheidet das Datum des Einlanges.

Die Auflistungen der jeweiligen Einnahmen bzw. Vorschreibungen sind Beilage zum Protokoll.

Unter **Tagesordnungspunkt 5** fand die **BELEGPRÜFUNG** statt. Es wurden die Belege des 3. Quartals 2010 geprüft und gab es hinsichtlich der Belege keine Beanstandung.

Unter **Tagesordnungspunkt 6** berichtete Herr Mag. Lebeth über die **KASSASTÄNDE** per 09.09.2010 lt. Telebankingjournal, welches Beilage des Prüfungsberichtes ist:

Bank Austria	€	3.092,22
BAWAG	€	116,59
Die Erste Bank	€	749.585,23
Raiffeisenbank Eisenstadt	€	6.865,42
Bank Burgenland	€	118.583,99
PSK	€	99.405,47
Gesamtstand:	€	<b>977.648,92</b>

Mit diesem Kassastand ist die Bezahlung der Gehälter für September zuzüglich der anteiligen Nebenkosten möglich. Die Darlehensraten mit Ende September sind nicht sehr groß. Weiters können alle Rechnungen damit bezahlt werden.

**Tagesordnungspunkt 7. ALLFÄLLIGES:**

Von Gemeinderätin Mag. Dragschitz gab es die Anfrage wie hoch die Kosten für Einlagerung von Pflanzen für die Überwinterung sind.

Dazu teilt Mag. Lebeth mit, dass laut Auskunft der Wirtschaftsbetriebe, Herr Kornfeld, auf Grund von Platzproblemen in der Orangerie für den Winter 2009/2010 für die Oleander ein Ersatzquartier besorgt werden musste. Die Kosten betragen € 3.136,00. Im Winter 2010/2011 werden die Oleander wieder in der Orangerie untergebracht. Dadurch entstehen der Gemeinde keine zusätzlichen Kosten mehr.

Anfragebeantwortung:

Beim Prüfungsausschuss vom 06.05.2010 gab es zum Beleg Nr. 4277/2010 die Anfrage von Gemeinderat Benedek, wo die 10 gekauften PC's verwendet werden.

Nach Auskunft des GB-Internes werden die PC's wie folgt verwendet:

- 1 PC – GB Bürgermanagement
- 1 PC – GB Internes
- 3 PC – GB Finanzen
- 4 PC – GB Wirtschaftsbetriebe
- 1 PC – als Reserve (letzter Reserve PC ging an GB Technik)

Weiters gab es eine Wortmeldung von mir, die die Novelle der Gemeindeordnung betraf. Diese Novelle sieht eine Stärkung der Mitglieder des Prüfungsausschusses und eine Ausweitung der Kompetenzen des Prüfungsausschusses vor. Jedes Mitglied des Prüfungsausschusses hat das Recht, einmal im Kalenderjahr beim Obmann des Prüfungsausschusses schriftlich die Aufnahme eines Tagesordnungspunkts zu verlangen. Der Obmann des Prüfungsausschusses ist in diesem Fall verpflichtet, diesen Tagesordnungspunkt auf die Tagesordnung der nächstfolgenden Sitzung des Prüfungsausschusses zu setzen.

Da diese Änderungen nicht ins Eisenstädter Stadtrecht übernommen wurden, biete ich als Obmann des Prüfungsausschusses den Mitgliedern an, mir Prüfungsthemen vorzuschlagen und ich werde diese Vorschläge bei der Erstellung der jeweiligen Tagesordnung nach Möglichkeit berücksichtigen

„Dies war der Bericht zum Prüfungsausschuss vom 09.09.2010, gemäß § 76 Abs. 7 Eisenstädter Stadtrecht wurde auch hier weder von Frau Bürgermeister noch vom Kassaführer eine schriftliche Äußerung zum Prüfbericht abgegeben.“

Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel:

„Die Vorsitzende stellt fest, dass eine Äußerung des Kassenführers Mag. Michael Lebeth vom 17.09.2010 vorliegt, die folgenden Wortlaut hat: „Dem Bericht des Prüfungsausschusses vom 09.09.2010 habe ich nichts mehr hinzuzufügen.“

„Gemäß den Bestimmungen des § 76 Abs. 7 des Eisenstädter Stadtrechtes nehme ich den Bericht des Obmannes des Prüfungsausschusses, Herrn Gemeinderat Otto Kropf, zur Kenntnis. Gleichzeitig danke ich ihm und den Mitgliedern des Prüfungsausschusses für die durchgeführte Kontrolltätigkeit.“

## **10. Allfälliges**

Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel:

„Es gab in den letzten Tagen Anfragen von der ÖVP, der SPÖ und auch die Grünen waren mit diesem Thema unterwegs und auch aktiv. Es geht um den Koglweg bzw. der Nutzung des öffentlichen Gutes um den Vertrag, den wir den Bewohnern am Koglweg zukommen ließen. Ich bitte jetzt Herrn Magistratsdirektor um die rechtliche Auskunft.“

Senatsrat Dr. Walter Horvath:

„Frau Bürgermeister, danke für das Wort. Am Koglweg ist es unbestritten, dass hier fremdes Vermögen, durch welchen Rechtstitel auch immer, aber sicherlich durch keinen schriftlichen, benützt wird. Es geht darum, dieses Benützungsrecht in einen rechtlichen Rahmen zu bringen, in eine Vereinbarung, die für die Stadtgemeinde eine Rechtssicherheit bringt und auch für die Grundeigentümer. Wir wollen haben, dass die Grundeigentümer am Koglweg dieses Gemeindevermögen unentgeltlich benutzen können. Unentgeltlich heißt, nicht gegen Entgelt sondern nur gegen Pflege. Da die Eingabe seinerzeit von mehreren Miteigentümer oder mehreren Nutzern eingegeben wurde, bin ich der Meinung, dass nur alle eine Benützungsvereinbarung bekommen können, nicht nur einer oder mehrere, sondern nur alle. Tatsache ist auch, dass dort keine Verkehrsfläche kommt.“

Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel:

„Viele von Ihnen waren bei mir in der Sprechstunde. Es ging um die, von anderen Leuten gewünschte – Umwidmung der Nachbargrundstücke. In diesem Zusammenhang wurde auch bekannt, dass Sie seit Jahren die anliegenden Grundstücke nutzen, worüber aber im Rathaus nichts Schriftliches aufliegt und daher auch dieser Vertrag. Was Befürchtungen ausgelöst haben dürfte, ist, dass Sie die Möglichkeit einer Verkehrsfläche hinter ihren Gärten gesehen haben. Ich kann Ihnen versichern, dass unmittelbar hinter Ihren Gärten keine Verkehrslösung vorgesehen ist. Wenn Sie das öffentliche Gut und Gut der Freistadt Eisenstadt weiterhin nutzen wollen, brauchen wir unbedingt einen Vertrag, da Sie dieses nicht ohne Erlaubnis nutzen können. Eine Straße hinter ihrem Grundstück ist sicher nicht vorgesehen.“

Vizebürgermeister LAbg. Günter Kovacs:

„Frau Bürgermeister, hoher Gemeinderat!

Ich freue mich sehr für die Bewohner des Koglweges, dass sie das nutzen können und somit beruhigt nach Hause gehen können.“

Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel:

„Nutzen ja, besitzen nein.“

Vizebürgermeister LAbg. Günter Kovacs:

„Entschuldigung, das Nutzungsrecht haben. Danke, dass das heute so rasch über die Bühne gegangen ist. Danke!“

Gemeinderätin Mag. Yasmin Dragschitz:

„Sehr geehrte Anwesende!

Ich freue mich sehr, dass die Bewohner des Koglweges überhaupt da sind, weil ich das sehr wichtig finde, über Dinge, die sie betreffen, dann auch zuhören können, wie das hier besprochen wird. Ich könnte mich natürlich jetzt sehr freuen, dass das alles so schön über die Bühne gegangen ist, jedoch freue mich noch nicht. Es dürfte jetzt allgemeiner Konsens sein, dass dahinter keine Straße hinkommen wird. Das habe ich gehört und das haben auch die Bewohnerinnen und Bewohner des Koglweges gehört. Tatsache ist aber, was die Bewohner jetzt brauchen würden, wäre eine Vereinbarung, die ihnen wirklich versichert, dass diese Gärten nicht zubetoniert werden. In dieser Benützungsvereinbarung, die die Gemeinde unterschreiben lassen

wollte, steht aber sehr wohl, dass diese Gärten genutzt werden können. Meiner Meinung nach gibt es jetzt 3 Möglichkeiten.

1. Eine Vereinbarung, wo eine Nutzung der Flächen bis auf Widerruf gestattet wird, finde ich einfach zu wenig. Dass die Bewohnerinnen und Bewohner vielleicht doch irgendwann einmal die Grundstücke kaufen können, haben sie schon einmal kundgetan. Das Interesse daran besteht, natürlich zu einem angemessenen Preis und mit einem Servitutsrecht für die Gemeinde, weil dort Einbauten sind.

2. Oder es gibt einen Vertrag aus dem eindeutig hervor geht, dass auf diesen öffentlichen Grund niemals Verkehrswege gebaut werden, wie auch immer das funktionieren kann. Es sollte dann auch bei Bürgermeisterwechsel oder sonstigen Wechsel irgendwie klar sein, dass das nicht nur eine Sache ist, die eine Person mit ihnen ausmacht, sondern die auch rechtsgültig ist.

3. Ich habe eine Rechtsauskunft eingeholt und laut dieser Rechtsauskunft, gibt es hier unterschiedliche Meinungen. Ich finde es super, wenn man nach 42 Jahren draufkommt, dass die Gemeinde jetzt einen Vertrag braucht. Es gibt einen Vertrag, jedoch nur einen mündlichen. Meine Rechtsauskunft ist, dass es eine Möglichkeit geben würde, dass sich die Bewohnerinnen und Bewohner nach 42 Jahren sogar in das Grundbuch eintragen könnten. Ich halte diese letzte Variante, sollte es tatsächlich dafür eine rechtliche Grundlage geben, es gibt da widersprüchliche Meinungen, für die beste Variante, weil hier dann tatsächlich Rechtssicherheit gegeben wäre. Ich weiß, dass in der Gemeinde diese Ansicht nicht vertreten wird, es gibt aber welche, die diese Ansicht vertreten. Ich bin kein Rechtsanwalt und ich hoffe, auch nicht, dass man so was über das Gericht klären muss. Meine Frage dazu wäre: Gibt es keine andere Möglichkeit von Seiten der Gemeinde, als eine neue Benützungsvereinbarung aufzusetzen, in der steht, bis auf Widerruf oder steht in dieser Benützungsvereinbarung dezidiert irgendetwas, worauf sich die Bewohner verlassen können, dass dort keine Verkehrswege gebaut werden. Ich glaube, es geht eigentlich nur darum, nicht vor und hinter dem Haus eine Straße zu haben, denn das möchte niemand von uns haben. Das ist ein verständlicher Wunsch der Bewohnerinnen und Bewohnern und natürlich, dass die Gemeinde dieses öffentliche Gut verwaltet und auch schauen muss, dass dort gewisse Arbeiten durchgeführt werden können.“

Gemeinderat Mag. Thomas Steiner:

„Frau Bürgermeisterin, meine Damen und Herren!

Vielleicht gleich zu dem einem Punkt, den du angesprochen hast, nach der Frage des Besitzes. Es ist richtig, dass eine zeitliche Dauer der Benützung oder des Besitzes Voraussetzung ist, allerdings ist auch die Gutgläubigkeit Voraussetzung, das heißt, derjenige der das besitzt muss glauben, dass es sein Eigentum ist. Das ist in diesem Fall sicherlich nicht gegeben, weil alle gewusst haben, dass das nicht ihr Eigentum ist sondern Eigentum aller Eisenstädterinnen und Eisenstädter, weil es sich um ein öffentliches Gut handelt. Die zweite Geschichte ist die, und das ist auch das Wesentliche, um was es auch geht. Es war der Versuch, mit diesem Vertrag einen rechtlichen Rahmen zu schaffen, wo einerseits die Stadt sagt, dass das Eigentum der EisenstädterInnen ist, aber genauso auch die Gepflogenheit der letzten Jahrzehnte weiterzuführen, dass die Anrainer am Koglweg diese Grundstücke weiter benützen dürfen und sogar besitzen dürfen. Die BewohnerInnen des Koglweges bekommen dies eben nicht ins Eigentum, weil die Stadt einfach diese Grundstücke nicht verkaufen will. Was die Straße betrifft, ist für mich klar, Herr Magistratsdirektor hat das vorige Woche artikuliert und die Bürgermeisterin hat gesagt, dass die Österreichische Volkspartei dazusteht. Das Wort der Bürgermeisterin muss auch dafür reichen und da kommt mit Sicherheit keine Straße hin.“

Gemeinderat Géza Molnár:

„Frau Bürgermeister, hoher Gemeinderat, meine Damen und Herren!

Ich hab in dieser Angelegenheit bereits im Frühjahr mit der Baudirektion sowie auch mit dem Bürgermeisterbüro Kontakt gehabt. Schon damals hat sich eine Anrainerin an mich gewandt und da wurde mir schon damals bestätigt, dass die Gerüchte des Verbauens, nicht der Wahrheit entsprechen und sinngemäß das hier kein weiterer Handlungsbedarf herrscht. Ich war umso verwunderter, als ich dann aus den Medien erfahren hab, dass es dort immer noch Diskussionen gibt. Ich hab dazu eine Frage, die mir wirklich unter den Fingernägeln brennt. Ist es richtig, dass die Stadtbezirksvorsteherin mit diesen Verträgen an die Haustüren klopfend den Koglweg abgeschritten hat und gleich Unterschriften eingeholt hat?“

Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel:

„Es ist richtig, dass die Frau Bezirksvorsteherin die Menschen dort informiert hat und ihnen einen Vertrag gezeigt hat. Meine Damen und Herren, wie Sie bei mir gewesen

sind, waren wir uns darüber einig, dass wir einen Vertrag brauchen, dass Sie diese Grundstücke überhaupt weiter nutzen dürfen. Die Frau Stadtbezirksvorsteherin hat diesen Vertrag den Bewohnern des Koglweges gezeigt und gesagt, dass das unser Vorschlag wäre. In St. Georgen ist es auch üblich, dass die Frau Stadtbezirksvorsteherin direkt mit den Menschen spricht und sie nicht in das Rathaus bittet oder her zitiert.“

Gemeinderat Géza Molnár:

„Das Problem ist Folgendes, wenn gewisse Aussagen stimmen, was ich jetzt der Stadtbezirksvorsteherin ausdrücklich nicht unterstelle, dass man mehr oder weniger darauf gedrängt hat, den Vertrag gleich Vorort vor der Haustüre zu unterschreiben. Frau Kollegin Dragschitz hat das in der BVZ auch richtig gesagt, dass das an sehr unseriöse Methoden erinnert und so geht man auch nicht miteinander um.“

Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel:

„Erstens stimmt das auf diese Art nicht. Die Stadtbezirksvorsteherin macht in St. Georgen eine hervorragende Arbeit, setzt sich ein, marschiert von Haus zu Haus um es den Leuten zu ersparen, ins Rathaus zu kommen. Sie hat nicht alle angetroffen, sondern ist ein paar Mal dorthin gegangen.“

Gemeinderat Géza Molnár:

„Ich hoffe, dass gewisse Gerüchte nicht stimmen, dass es sich da im Hintergrund in Wirklichkeit um Spekulationen einiger Personen geht, die der ÖVP nahe stehen. Es wäre nicht das erste Mal, dass so etwas in Eisenstadt passiert. Nein, ich stehe zu dieser Aussage. Alleine der Zeitablauf vom heurigen Jahrs zeigt mir, dass da irgendetwas gewaltig nicht stimmt.“

Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel:

„Welche Gerüchte, um was geht es da? So kann man das im Raum nicht stehen lassen. Es ist für dieses Gebiet keinerlei Umwidmung geplant und das wissen auch die Herrschaften.“

Gemeinderätin Mag. Yasmin Dragschitz:

„Ich möchte da einmal zwei Dinge richtigstellen, so wie ich es gehört habe.

Es stimmt, dass keine Umwidmung geplant ist. Tatsache ist, dass im Stadtbezirksausschuss St. Georgen die Umwidmung des Gebietes hinter dem Aumüllerweg in Bauland behandelt wurde.“

- Zwischenrufe -

Gemeinderätin Mag. Yasmin Dragschitz:

„Moment bitte, darf ich aussprechen? Das heißt, es ist sehr wohl ein Thema gewesen und es gibt Personen, die diese Umwidmung dieser Grundstücke gerne hätten, weil sie auch Eigenbedarf darauf angemeldet haben. Es stimmt aber nicht, dass das niemals im Raum gestanden ist. Die Grünen waren die einzigen, die im Stadtbezirksausschuss dagegen gestimmt haben, dass diese Empfehlung weitergegeben wird. Es ist auch eine Tatsache, dass für dieses Grundstück am Magistrat bereits Pläne aufliegen, wie das aufgegliedert werden könnte, wenn das umgewandelt wird. Das heißt, dass sind Bedenken der Bevölkerung die ernst zunehmen sind. Die zweite Geschichte ist die, dass die Stadtbezirksvorsteherin von mir aus auch im guten Glauben von Haus zu Haus gegangen ist um der Bevölkerung das zu erzählen, sondern es ist angeblich so gewesen, dass zwei Leute zwischen Tür und Angel unterschrieben haben und dazu keine Kopie vom Vertrag bekommen haben. Nach dem Konsumentenschutzgesetz § 3 sind das Haustürgesetze, die nicht gültig sind.“

Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel:

„Darf ich um Ruhe bitten!“

Gemeinderätin Mag. Yasmin Dragschitz:

„Diese Vorgangsweise ist äußerst unseriös und das wurde mir auch so vom Rathaus bestätigt, dass das so nicht gedacht war. Warum das die Stadtbezirksvorsteherin so gemacht hat, weiß ich nicht, es muss ihr auch jemand die Verträge in die Hand gedrückt haben.“

Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel:

„Es ist erstens nichts verkauft worden. Es sollte den Menschen nur erspart werden, extra in das Rathaus kommen zu müssen. Einige haben Unterschriften

zurückgezogen und wenn das jemand nicht unterschreibt, ist es auch gut. Ich habe damit kein Problem! Natürlich wird das, wenn es Interesse gibt, in einer Stadtbezirksausschusssitzung behandelt werden. Im Stadtbezirksausschuss wurde auch berichtet, dass derzeit, nachdem wir so viele Baulandreserven haben, es keinerlei Umwidmungen geben wird. Das mit den Grundstücksspekulationen, Herr Gemeinderat Molnár, weise ich auf das schärfste zurück. Das in den Raum zu stellen ist äußerst unfair und ich habe mir gedacht, dass sie da genau wissen was sie sagen. Ich hoffe, Sie halten sich in Zukunft mit solchen Verdächtigungen, die Sie in den Raum stellen, zurück.“

Vizebürgermeister LAbg. Günter Kovacs:

„Frau Bürgermeister, hoher Gemeinderat!

Keiner in den Raum möchte, dass die Bewohner des Koglweges irgendwelche Nachteile haben. Wichtig ist es, dass wir jetzt einen Konsens haben und gemeinsam das heute beschließen können oder zumindest zusagen können. Die Bewohner des Koglweges sollen heute beruhigt nachhause gehen können und sagen können, dass es genau so weiter läuft wie bisher und nicht noch Öl in das Feuer zu schütten. Géza ist verstehe das nicht ganz.“

Gemeinderat LAbg. Mag. Thomas Steiner:

„Diese Zurückweisung der Bürgermeisterin kann ich nur unterstreichen, denn das ist ein völliger Unsinn.“

- Zwischenruf Gemeinderat Géza Molnár –

Gemeinderat LAbg. Mag. Thomas Steiner:

„Das Konsumentenschutzgesetz kann man in diesem Fall nicht anwenden. Das Konsumentenschutzgesetz schützt Konsumenten, das sind Leute, die etwas kaufen. Da geht es nicht um einen Kauf, da geht es um ein Prekarium, eine sogenannte Bittleihe, das heißt, ein Eigentümer stellt jemanden unentgeltlich, in unserem Fall gegen Pflege, etwas zur Verfügung und nichts anderes ist es. Wir brauchen heute nichts zu beschließen, sondern es soll das, was in den letzten Jahren war, auf eine rechtliche Grundlage gestellt werden. Hier geht es nicht um irgendwelche Spekulationen und schon gar nicht um Grundstücksspekulationen sondern es gibt dort einfach keine Straße. Schauen Sie sich einmal den Vertrag an, es ist wirklich nichts Unanständiges.“

Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel:

„Ich schließe mich dem jetzt an. Meine Damen und Herren, Sie sind herzlich eingeladen in das Rathaus zu kommen, sich den Vertrag noch einmal anzuschauen und ihn zu unterschreiben. Danach können Sie die Grundstücke, wie bis jetzt, benutzen und hinter ihren Häusern ist keine Straße geplant. Jedoch ohne Unterschrift können Sie das Grundstück nicht nutzen, weil das auf einer rechtlichen Basis passieren muss. Ich hoffe damit sind die offenen Fragen jetzt behandelt.

- Zwischenrufe -

Nein, nicht 42 Jahre, als St. Georgen noch selbstständig war, haben manche Dinge begonnen. Es wurde schon einmal das Kaufansuchen abgelehnt. Im Jahr 1974 hat man gesagt, dass das öffentliche Gut öffentliches Gut bleiben soll. Nachdem die Herrschaften jetzt sagen, dass sie das jedoch ohne Vertrag nutzen wollen, haben wir den Herrschaften diesen Vertrag zukommen lassen.“

Gemeinderätin Mag. Yasmin Dragschitz:

„Habe ich das jetzt richtig verstanden, jetzt wo man draufgekommen ist, dass man keine schriftlichen Verträge hat und wo die Leute vielleicht nicht unterschreiben, weil es da ein paar Missverständnisse gegeben hat, heißt das jetzt, dass der Zustand so bleiben wird?“

Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel:

„Nein, sicherlich nicht, weil er nicht rechtens ist.“

Gemeinderätin Mag. Yasmin Dragschitz:

„Das heißt, dass wenn die Leute jetzt nicht unterschreiben, werden ihnen hinten die Grundstücke weggenommen? Die Herrschaften pflegen diese Grundstücke, wird ihnen dann die Pflege weggenommen? Wie darf ich das verstehen?“

- Zwischenrufe -

Gemeinderätin Mag. Yasmin Dragschitz:

„Das heißt, das wird dann wieder in das öffentliche Gut gegeben und die Gemeinde bearbeitet das? Ab wann können die Bewohner damit rechnen, wenn sie nicht unterschreiben, dass die Gemeinde das wieder bearbeitet? Da muss es auch einen rechtlichen Rahmen geben?“

Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel:

„Wir werden das genauso bearbeiten wie alle anderen unbebauten Grundstücke auch. Du kannst sicher sein, dass die Stadtgemeinde sich an die rechtlichen Vorgaben halten wird. Meine Damen und Herren, bitte kommen Sie in das Rathaus und unterschreiben sie.“

Gemeinderätin Mag. Yasmin Dragschitz:

„Bevor ich mich für ein Jahr vom Gemeinderat karenzieren habe lassen, hat es geheißen, es werden Vorbereitungen für diese Einrichtung der Taxizentrale getroffen. Nach einem Jahr Pause sehe ich, es hat sich nichts geändert, die Taxizentrale gibt es noch immer nicht. Wurde das Projekt jetzt auf Eis gelegt? Wie ist der derzeitige Stand dieser Taxileitzentrale?“

Stadtrat Mag. Dr. Michael Freismuth:

„Das Projekt ist natürlich nicht auf Eis gelegt und es geht weiter. Es haben sich aber Verzögerungen ergeben und zwar deshalb, weil vom ursprünglichen Angebot eine einzige Firma, geblieben ist und die ihre Preise erhöht hat. Wir haben ursprünglich von einem Entgelt von 0,50 Cent pro Anruf gesprochen. Sie haben das dann, nachdem sie bemerkt haben, dass sie der einzige Anbieter sind und es sich nicht ausgeht, auf über 1,00 Euro erhöht und das ist so nicht durchführbar. Im Moment sind wir dabei ein neues System zu implementieren, denn die alten Kasterl mit denen die Taxis im Moment fahren, laufen von den Ersatzteilen her und von der Software Ende November/Ende Dezember aus. Es werden zurzeit neue Geräte geprüft und neue Geräte getestet. Auf Basis dieser neuen Software ist es möglich auch eine Zentrale dann zu implementieren. Wann das ist, ob sich das auch rechnet und ob das auch für die Bevölkerung interessant ist, wird sich dann herausstellen, wenn das neue System getestet ist. Mit 01.12.2010 bzw. 01.01.2011 wird es die neuen Geräte geben und wir versuchen bis April 2011 nach einer Testphase zu schauen, ob diese Geräte mit geringerem Aufwand betrieben werden können. Man muss dann auch schauen, ob das dann auch ein Privater machen kann oder sogar die Taxiunternehmen selbst. Wir sind laufend in Gesprächen mit der Wirtschaftskammer, wo die Taxiunternehmer sich unter Umständen zusammenschließen, und die Taxizentrale selbst betreiben oder machen das Leute von der Gemeinde bzw. oder gibt man die Idee einer Zentrale überhaupt auf, dass alles wird sich nachdem Test dann herausstellen.“

Vizebürgermeister LAbg. Günter Kovacs:

„Frau Bürgermeister, hoher Gemeinderat!

Wir haben schon mehrmals den Antrag eingebracht, dass Rechts-Abbiege-Verbot am Hyrtlplatz aufzuheben. Heute habe ich die Möglichkeit, dass mit prominenten Personen zu untermauern, nämlich mit Geschäftstreibenden der Fußgängerzone. Ich war heute bei der Stadtmarketingpräsidentin Elisabeth Kröpfl, die mir heute den Auftrag gegeben hat, das hier heute zu sagen. Der gesamte Verein, alle Gewerbetreibende, die diesen Verein angehören, unterstützen diesen Antrag. Ich rede nicht nur von einem SPÖ Klientel sondern auch von Mitgliedern der ÖVP, die sagen, dass man diese Idee der SPÖ jetzt aufgreifen kann. Danke!“

Gemeinderat Géza Molnár:

„Frau Bürgermeister, Herr Vizebürgermeister!

Was dieses Thema betrifft, würde ich trotzdem an die Parteien appellieren, ob das verkehrstechnisch und städteplanerisch vernünftig ist. Ich persönlich habe dazu meine Bedenken. Es ist keine parteipolitische Frage und da sollte man sich einfach auf die Stadtplaner verlassen, so verlockend das auch sein mag um schneller in das „Bierstüberl“ zu gelangen.“

Gemeinderätin Mag. Yasmin Dragschitz:

„Sehr geehrte Anwesende!

Ich wurde von einer Eisenstädter Bürgerin gefragt, ob die Gemeinde daran denkt bei dem Fußgängerübergang zwischen der Albachgasse und der Franziskanerkirche die Zebrastreifen neu zu markieren? Es gibt dort keinen Fußgängerübergang und es hat auch einmal einen Spiegel gegeben, der so platziert war, dass wenn man aus dem Schlosspark herausgekommen ist, gesehen hat, ob hinter der Franziskanerkirche ein Auto kommt. Wird dieser Spiegel wieder montiert, damit die Sicherheit bei diesem Verkehrsübergang, dort gehen immer sehr viele Schülerinnen und Schüler über die Straße, erhöht wird?“

Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel:

„Selbstverständlich wird der Zebrastreifen dort neu markiert werden. Bezüglich des Spiegels müssen wir uns das ganze dort ansehen, ich weiß jetzt nicht, ob dort ein Spiegel war oder nicht. Wenn der Spiegel der Verkehrssicherheit dient, wird er sicher wieder montiert werden. Sollte ein Grund dagegen gesprochen haben, was die

Verkehrssicherheit betrifft, wird er nicht mehr montiert werden. Ich werde der Sache nachgehen und Sie gerne darüber informieren.“

Gemeinderätin Mag. Yasmin Dragschitz:

„Nach den zahlreichen Wechseln in unserer Grünen Gemeinderatsfraktion möchten wir vier alte und neue Gemeinderäte und Gemeinderätinnen alle Anwesenden recht herzlich im Anschluss an die Gemeinderatssitzung auf ein Glas Sekt oder auf ein Glas Wein einladen. Ich weiß, dass die ÖVP noch einen anderen Termin hat.“

Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel:

„Herzlichen Dank für die Einladung. Es ist schade, dass jetzt die Termine kollidieren, aber es werden sicher ein paar Leute hierbleiben. Was den Hyrtlplatz betrifft, möchte ich sagen, dass die Mitglieder des Stadtmarketings auch bei mir gewesen sind und wir sind auch übereingekommen, dass sie die Untersuchungen der Verkehrsplaner bekommen. Herr Vizebürgermeister Schmall wird die verschiedenen Interessenten zu einer Runde einladen, wo das Thema dann weiter diskutiert wird. Herzlichen Dank!“

Stadträtin Mag. Claudia Kreiner-Ebinger:

„Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen!  
Am 30.09.2008 haben wir einen Antrag auf Gender Budgeting eingebracht. Uns liegen jetzt die Ergebnisse des Stadtentwicklungsplans vor, uns liegt ein Bericht vor, und uns liegt ungefähr ein Leitbild vor. Ich denke, dass jetzt kein Moment günstiger wäre als der jetzige, diese Planungsgruppe mit dem Finanzdirektor zu installieren. Dieses Thema der Gleichstellung von Frauen und Männern auf allen Ebenen hier bei uns in der Gemeinde zu implementieren.“

Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel:

„Der Finanzdirektor ist auch im Zuge der Städtebandsitzungen mit den verschiedensten Erfahrungsberichten von Städten bestens informiert. Bei unserer nächsten Gemeinderätinnensitzung wird uns Herr Finanzdirektor darüber informieren.“

Stadträtin Mag. Claudia Kreiner-Ebinger:

„Es gibt auch sehr viele männliche Experten und ich denke, dass deshalb auch die Gemeinderäte dabei sein sollten.“

Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel:

„Wir Damen, die Gemeinderätinnen, werden hier jetzt einen Wissensvorsprung haben.“

Stadtrat Mag. Dr. Michael Freismuth:

„Wir in Eisenstadt machen dieses Gender Budgeting schon seit dem Jahr 2000, da hat es diesen Ausdruck noch gar nicht mal gegeben. Wir führen das konsequent durch, Herr Finanzdirektor Mag. Lebeth ist mein Zeuge. Danke!“

Gemeinderat Elmar Benedek:

„Frau Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates, werte Anwesende!

Es wurde uns mir Ende Juni zugesichert, dass zu Schulbeginn der Turnsaal der Volksschule Eisenstadt fertig gestellt ist. Der Turnsaal ist aber bis heute noch nicht fertig. Jetzt will ich dich, Frau Bürgermeisterin, fragen, ob du mir einen Termin nennen kannst, wann der Turnsaal fertig gestellt ist. Wie lange werden diese noch nicht abgeschlossenen Baumaßnahmen andauern und was kosten sie. Ist der Turnunterricht für die Kinder gewährleistet und wohin werden nach Möglichkeit die Kinder gekarrt, damit sie den Turnunterricht beiwohnen können?“

Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel:

„Lieber Herr Gemeinderat, du bist in der Gemeinderatssitzung informiert worden, dass der Turnsaal nicht mit Schulbeginn fertig ist. Es wurden auch alle Eltern darüber informiert, dass mit Ende Oktober die Fertigstellung des Turnsaales geplant ist. Einstweilen sind wir im Zeitplan, falls es aber zu Lieferverzögerungen kommt, kann es höchstens Mitte November werden. Die Kinder haben jetzt die Möglichkeit im Allsportzentrum den Turnunterricht abzuhalten und bei schönem Wetter können sie in der Schule am Schulgelände ihren Turnunterricht abhalten. Von wegen hinkarren, sie könnten auch zu Fuß in den Kindergarten gehen. Ich habe aber mit der Frau Direktorin gesprochen und sie bevorzugt es, die Kinder mit dem Bus in das Allsportzentrum bringen zu lassen. Den Zeitpunkt habe ich dir genannt und selbstverständlich wird der Turnsaal benutzbar sein.“

Gemeinderat Elmar Benedek:

„Es gibt dann keinen dezidierten Zeitpunkt und wie viel kostet das monatlich der Gemeinde, dass der Turnsaal bis jetzt noch nicht fertig gestellt ist.“

Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel:

„Herr Gemeinderat, du glaubst ja nicht ernsthaft daran, dass man im Juli und August in so kurzer Zeit einen Turnsaal sanieren kann? Aber du wurdest sicher im Ausschuss für Schule, Jugend und Sport darüber informiert.“

Gemeinderat Elmar Benedek:

„Ja, wir sind da auch informiert worden. Der Ausschussvorsitzende, der Kollege Deli hat uns dahingehend informiert, dass der Turnsaal mit Schulbeginn fertig sein wird. Darf man jetzt endlich mal wissen, wann der Turnsaal fertig ist, wenn schon der Ausschussvorsitzende keine Ahnung davon hat.“

- Zwischenrufe -

Gemeinderat Elmar Benedek:

„Ende Oktober ist der Turnsaal fertig.“

Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel:

„Ja, das steht in unserem Brief vom 28. Juni drinnen.“

Gemeinderat Elmar Benedek:

„Gut! Ich habe mich auf die Aussage, die du mir im Ausschuss für Schule, Jugend und Sport erteilt hast, berufen und da hat es auch ganz andere Richtlinien gegeben. Wie wir wissen, ist ein kleines Missgeschick passiert, es ist der Verputz von der Decke des Turnsaales gebrösel. Was wurde in der Vorgehensweise unternommen bzw. was war das Ergebnis?“

Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel:

„Es ist natürlich sofort der Schaden behoben worden. Dieser Bereich wurde großräumig saniert. Es hat auch eine Begehung mit Experten vom Land gegeben, die sich auch andere angeblich gefährliche Stellen angeschaut haben. Man hat sich dann darauf geeinigt, dass bei manchen Dingen nichts zu machen ist und andere Bereiche sicherheitshalber angeschaut werden. Alle Umbaumaßnahmen sind immer

mit Absprache von Direktion, Pädagoginnen und Pädagogen und dem Elternverein erfolgt.“

Gemeinderat Elmar Benedek:

„Wo hat es noch Mängel gegeben?“

Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel:

„Die Frau Direktorin hat auf einen Riss hingewiesen, der aber von den Experten als nicht gefährlich eingestuft wurde.“

Gemeinderat Elmar Benedek:

„Das heißt, die Kinder können dann beruhigt im Turnsaal turnen.“

Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel:

„Ja, selbstverständlich genauso wie wir auch.“

Gemeinderat Elmar Benedek:

„Danke!“

Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel:

„Bitte!“

Stadträtin Mag. Claudia Kreiner-Ebinger:

„Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Wir haben einen Skaterplatz, aber irgendwie redet da niemand darüber! Ich bin jetzt schon zweimal dort gewesen und er ist noch nicht ganz fertig. Was mir jetzt aufgefallen ist, da ich Gott sei Dank einen Sohn in dem Alter habe, der den Skaterplatz fleißig nutzt, was die Kinder bemängeln, ist, dass auch die BMX-Fahrer den Skaterplatz nutzen. Die „kleineren“ müssen dann warten und die mit den stärkeren Fahrzeugen gewinnen. Wo und wie ist eine Planung weitergedacht? Wie geht es mit diesem Platz weiter? Was mir als Mutter ein bisschen Angst macht sind die Gleise, die ziemlich knapp neben dem Skaterplatz sind. Jetzt auch in Richtung Veranstaltungshalle, wo sich dann viele Jugendliche bewegen werden, gibt es da irgendwelche Vorkehrungen oder werden Maßnahmen angedacht um eine Abgrenzung hin zur Bahn bzw. zu den Gleisen zu bedenken?“

Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel:

„Am Skaterplatz gibt es unter den Jugendlichen eine Übereinkunft und auch Regeln, was dort zu passieren hat. Bezüglich der BMX-Rädern, sollen sich das die Jugendlichen untereinander ausmachen. Jetzt haben wir mal den Skaterplatz, der von vielen Nicht-Eisenstädtern genutzt wird. Vielleicht können jetzt die ganzen Wulkaprodersdorfer und die Mattersburger einen BMX-Platz machen, dann haben wir den Austausch der Jugendlichen. Das meine ich jetzt natürlich nicht ernst!“

- Zwischenrufe –

Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel:

„Deshalb hat man auch gesagt, die Regeln für diesen Platz machen sich die Jugendlichen untereinander unter den Mitarbeitern vom Jugendgemeinderat Deli aus. Diese Regeln die für die Benutzung des Skaterplatzes da sind, werden dort aufgehängt und die Jugendlichen müssen darauf achten, dass diese Regeln auch eingehalten werden. Und noch mal wegen den BMX-Rädern, dass sollen sich die Jugendliche untereinander ausmachen. So ist es auch mit den Jugendlichen vereinbart.“

Vizebürgermeister LAbg. Günter Kovacs:

„Es ist anzumerken, dass die Sicherheit auf der Skaterfläche sehr wichtig ist und wir sofort Maßnahmen ergreifen müssen. Sowohl die BMX-Fahrer als auch die Skater sollen getrennt den Platz benützen dürfen, bevor eine Verletzung eines Jugendlichen passiert.“

In Ermangelung weiterer Tagesordnungspunkte schließt die Vorsitzende die Sitzung des Gemeinderates um 19:58 Uhr.

Der Schriftführer:

Die Vorsitzende:

Die Beglaubiger: